Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 1 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 1,20 Mk., bei Postbestellung 1 Mk. zuzüglich Abtrage gebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 217. 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag 17. September 1925

Französisch-polnische Widerstände.

Die Septembermitte brachte den Wiederbeginn von Verhandlungen über zwei große Wirtschaftsprobleme, das sind die deutsch-französischen und die deutsch-polnischen Wirtschafts-Verhandlungen. Deutschland war auf Grund des Friedensvertrages auf fünf Jahre in handelspolitischer Beziehung so gut wie vogelfrei und gewann erst im Januar dieses Jahres seine Handlungsfreiheit wieder, so daß überall zum Abschluß von Handelsverträgen geschritten werden mußte. Amerika hatte allerdings diesen Zeitpunkt nicht abgewartet, es hatte ja auch nicht den Friedensvertrag unterzeichnet, sondern mit Deutschland einen Sonderfrieden geschlossen. Mit England kam man verhältnismäßig schnell ins reine und mit anderen Ententestaaten schweben aussichtsreiche Verhandlungen. Nur bei Frankreich und Polen türmten sich unendliche Schwierigkeiten auf, wobei, man kann es ruhig sagen, bei unsern Gegenspielern die Kriegspsychose noch immer einen großen Einfluß hat.

Der Staatssekretär bei der Reichsregierung Trendelenburg ist wieder in Paris eingetroffen, um mit dem französischen Handelsminister eine Aussprache zu haben. Damit dürfte der vor einiger Zeit abgerissene Faden wieder angeknüpft sein. Allerdings darf man nicht allzu große Erwartungen hegen, trotzdem es auf beiden Seiten nicht an gutem Willen fehlt. Diesen muß man auch Frankreich zugestehen. Hat es doch im Gegensatze zu Polen bei Abbruch der Verhandlungen im Sommer selbst darauf gedrungen, daß in der Verhandlungspause von keiner Seite handelskriegsähnliche Maßnahmen erfolgen dürften. Allerdings hat hier ein gewisser Egoismus mitgesprochen, da schließlich Frankreich dabei mehr zu verlieren gehabt hätte als Deutschland. In Paris scheint man zu erwarten, daß jetzt von Deutschland ein großes Entgegenkommen gezeigt wird. Aber ein solches Entgegenkommen ist nicht Deutschlands, sondern Frankreichs Sache, wo man nicht vergessen darf, daß man schon einmal kurz vor einer Einigung stand, die aber nicht erzielt wurde, weil die französischen Unterhändler plötzlich früher gemachte Vorschläge zurückzogen. Es wird deshalb bei den Pariser Verhandlungen harter Arbeit bedürfen, wenn man in absehbarer Zeit zu einem gedeihlichen Ende kommen will.

Ebenso schwierig, wenn nicht gar schwieriger, dürften sich auch die neuen Verhandlungen mit Polen gestalten, das Deutschland gegenüber jederzeit eine besonders unfreundliche Haltung eingenommen hat. Es sei nur daran erinnert, daß es mitten während der Verhandlungen den schärfsten Zollkrieg gegen Deutschland begann, und außerdem eine deutschfeindliche Politik treibt, die kaum geeignet ist, auf unserer Seite die Geneigtheit zu Kompromissen zu erhöhen. Daß dieser Zollkrieg gewissen Teilen des deutschen Handels großen Schaden zugefügt hat, wer wollte das leugnen? Aber Polen braucht nur seine eigene Wirtschaft und den Verfall seiner Währung anzusehen, um zur Erkenntnis zu gelangen, daß der Schaden für das eigene Land unendlich größer ist. Die Hauptschwierigkeit lag zum großen Teil bisher in der von Polen beanspruchten weiteren freien Einfuhr großer Kohlenmengen aus Ost-Oberschlesien nach Deutschland, die Deutschland in diesem Umfange aber nicht mehr zugestehen kann, will es nicht seinen eigenen Kohlenbergbau zugrunde richten. Nach polnischen Blättern soll es nunmehr gelungen sein, für diese Kohlenmengen anderswo Abnehmer zu finden. Sollte sich das bestätigen, dann wäre allerdings ein großer Stein des Anstoßes beseitigt.

Wenn Deutschland mit anderen Staaten ziemlich rasch zum Ziele kam, so lag es daran, daß auf der Gegenseite schließlich die wirtschaftliche Einsicht siegte. Es ist zu hoffen, daß dies einmal auch bei Polen und Frankreich der Fall ist. Viel Schwierigkeiten sind ja durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages entstanden, der einheitliche Wirtschaftsgebiete zerriß, deren Teile nun wieder zueinanderstreben. Frankreich pocht auf seine lothringische Eisenindustrie. Es vergißt aber immer, daß der Schöpfer dieser Industrie Deutschland war. Ebenso liegen die Dinge in Ost-Oberschlesien. Man mutet hier Deutschland zu, daß es außer den territorialen Opfern auch noch wirtschaftliche auf sich nimmt, nur um diese uns entrissenen Gebiete im Interesse der Gegner lebensfähig zu erhalten.

Deutschland hat durch sein Paktangebot gezeigt, daß es den politischen Frieden will. Sein Verhalten bei den Handelsvertragsverhandlungen beweist, daß es auch den wirtschaftlichen Frieden anstrebt. Es ist bereit, dafür Opfer zu bringen, aber nicht allein. Denn das Wesen von Verhandlungen ist ja eben, daß beide Teile nachgeben. Erst wenn Frankreich und Polen das eingesehen haben werden, dann dürften auch die Verhandlungen mit ihnen zu einem ersprießlichen Ziele führen.

Regierungsreise ins befreite Gebiet.

Berlin, 15. September.

Die Reise des Reichspräsidenten von Hindenburg, des Reichskanzlers und anderer Reichsminister, sowie der preußischen Staatsregierung ins befreite Ruhrgebiet beginnt Donnerstag mit der Abfahrt von Berlin früh 8 Uhr. Die erste Begrüßung durch den Oberpräsidenten von Westfalen erfolgt in Hamm. Nachmittags wird man in Bochum sein. Dort findet eine öffentliche Kundgebung statt, bei der der Oberpräsident von Westfalen, der Oberbürgermeister von Bochum, Reichskanzler Dr. Luther, Ministerpräsident Braun, Reichspräsident von Hindenburg Ansprachen halten werden. Abends ist die Ankunft in Essen vorgesehen. Bei einer Veranstaltung dort werden Oberbürgermeister Dr. Bracht und Reichskanzler Dr. Luther sprechen. Am Freitag, den 18. September, ist eine öffentliche Kundgebung geplant, bei der der Oberpräsident der Rheinprovinz, der preußische Minister Severing und Reichspräsident von Hindenburg das Wort nehmen. Nachmittags erfolgt im Auto die Abfahrt nach Duisburg, abends um 7 Uhr ist die Abfahrt nach Düsseldorf bestimmt. Am Sonnabend wird dem Reichspräsidenten der Ehrenbürgerbrief der Stadt Düsseldorf überreicht werden. Am gleichen Tage erfolgt die Rückreise nach Berlin

Die Einladung überreicht.

Margerie bei Stresemann.

Berlin, 15. September.

Heute mittag 12 Uhr überreichte der französische Botschafter de Margerie dem deutschen Reichsminister des Äußeren Dr. Stresemann das Memorandum, in dem Deutschland zu einer Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt eingeladen wird. Der Botschafter sprach bei der Überreichung die Einladung auch mündlich aus. Das Memorandum ist ganz kurz und enthält nur die Einladung. Ein Ort, wo die Ministerkonferenz stattfinden soll, ist nicht angegeben, jedoch wird bemerkt, daß die alliierten Regierungen die Zeit zwischen Ende September und Anfang Oktober als zweckmäßig zur Abhaltung der Konferenz ansehen. Etwas später erschien der englische Geschäftsträger beim Außenminister Stresemann und hatte mit ihm eine kurze Unterredung in gleicher Angelegenheit. Das kurze Memorandum soll am Donnerstag veröffentlicht werden.

Die Antwort auf die Einladung wird erst dann erfolgen, wenn das für den 21. September zusammenberufene Reichskabinett Stellung dazu genommen hat. Ob der Auswärtige Ausschuß des Reichstages sich ebenfalls mit der Frage beschäftigen wird, steht noch nicht fest, jedoch erscheint es wahrscheinlich. Eine Zusammenberufung durch den Vorsitzenden des Ausschusses, den Abg. Hergt, ist bisher nicht erfolgt.

Der diplomatische Mitarbeiter des Londoner „Daily Telegraph" schreibt, daß gegen eine Teilnahme weiterer Mitglieder des Kabinetts Luther, also des Reichskanzlers Dr. Luther und des Innenministers Schiele, von seiten der Alliierten kein Einwand geltend gemacht werden würde, im Gegenteil würde deren Anwesenheit etwaigen Beschlüssen eine besondere Bedeutung in den Augen des deutschen Volkes geben.

*

Zwei Besprechungen?

Die Pariser Blätter erklären, daß endgültig beschlossen worden sei, gleichzeitig zwei Konferenzen einzuberufen, die sich mit der Ausarbeitung des Rheinpaktes und mit der Abfassung der Schiedsgerichtsverträge Deutschlands mit Polen und der Tschechoslowakei beschäftigen sollten. Die Vertreter Polens und der Tschechoslowakei sollten von Fall zu Fall zu der Konferenz über den Rheinpakt zugelassen werden. Die französische Regierung bestehe darauf, daß der Rheinpakt und die Schiedsgerichtsverträge gleichzeitig unterzeichnet würden. Man erwarte, daß während der ganzen Woche Verhandlungen zwischen Berlin und Paris geführt werden, da der französischen Regierung daran liege, jeder unangenehmen Überraschung aus dem Wege zu gehen und die Konferenz mit möglichst großer Aussicht auf Erfolg zu eröffnen.

*

Zuversicht in Berlin.

Berlin, 16. September. In der Berliner Wilhelmstraße herrscht ausgesprochener Optimismus und die vorgestrigen Besprechungen des Außenministers mit mehreren Parteifreunden bestätigen, daß Herr Stresemann große Erwartungen auf die bevorstehende Konferenz setzt. Der Außenminister will mit einem vollständigen deutsch-französischen Vertragsentwurf aus Berlin abreisen.

*

Vorschlag zur Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 15. September.

Der französische Vertreter Loucheur legte in der heutigen Sitzung des Völkerbundes einen Antrag auf Einberufung einer wirtschaftlichen Weltkonferenz vor, die schon seit Tagen in den Kreisen der Delegationen Gegenstand der lebhaftesten Aussprache gewesen ist.

In dem Wortlaut des Antrages Loucheur wird darauf hingewiesen, daß die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz in engster Fühlung mit dem Internationalen Arbeitsamt erfolgen müsse. Die maßgebenden Persönlichkeiten der Wirtschaftskommission werden wahrscheinlich mit dem Arbeitsamt in Verbindung treten, um ein Organisationskomitee zu bilden. Es scheint die Auffassung vorzuherrschen, daß jeder Staat aufgefordert werden muß, neben seinem amtlichen Vertreter Vertreter der Industriellen und der Agrarproduktion, Vertreter des Handels und Vertreter der Arbeiterschaft zu entsenden. Man scheint sich auch darüber klar zu sein, daß selbstverständlich an der Konferenz auch Deutschland teilnehmen muß, gleichgültig, ob bis dahin die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund geregelt würde oder nicht. Es heißt, daß Stopani, der Generalsekretär der Wirtschaftskommission des Völkerbundes, nach Berlin kommen wird, um dort Fühlung zu nehmen.

*

Nationale Minderheiten.

Mitte Oktober wird in Genf eine Tagung der Vertreter aller organisierten nationalen Minderheitsgruppen abgehalten. Die Aussprache wird sich auf grundsätzliche Fragen über die staatsbürgerliche Stellung der Minderheiten in den einzelnen Ländern beschränken. Auf der Tagung werden etwa dreißig nationale Minderheitsgruppen der verschiedenen europäischen Staaten vertreten sein.

Neuer tschechischer Konflikt mit dem Vatikan.

Budapest, 15. September. Die tschechoslowakischen Behörden haben den Ungvarer griechisch-katholischen Titularerzbischof Anton von Papp am Sonnabend vom Gebiete der Republik entfernt und auf ungarisches Gebiet abgeschoben. Der Pester Lloyd bemerkt hierzu, die Landesausweisung des Erzbischofs stelle einen so unerhörten und auf keine Weise zu rechtfertigenden Gewaltakt gegen das Ansehen der katholischen Kirche dar, daß mit einer weiteren Verschärfung des ohnehin stark getrübten Verhältnisses zwischen dem Vatikan und der tschechoslowakischen Regierung zu rechnen sei. Erzbischof von Papp wohnte, wie das Ungar. Korr.-Bureau meldet, seit 20 Jahren in Ungvar, wo er von der Gemeindevertretung schon zur Zeit der tschechoslowakischen Herrschaft als heimatsberechtigt anerkannt wurde.

Deutschlands Reparationsleistungen.

Ein Bericht des Generalagenten.

Der Generalagent für die Reparationszahlungen legt jetzt die Schlußabrechnung über die Eingänge und Zahlungen des ersten Jahres der Wirksamkeit des Dawes-Planes vor. Deutschland hat danach 457 572 Mark mehr gezahlt, als es zu zahlen verpflichtet war, nämlich 1 000 457 Mark. Der Überschuß stammt aus Zinseingängen und Kursdifferenzen. Von dieser Summe sind an die zehn Staaten, die an den Reparationszahlungen teilnehmen, und zwar an Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Japan, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Griechenland und Polen etwa 680 Millionen Mark ausgezahlt worden.

Nicht weniger als 213 Millionen Mark haben die Besatzungskosten und die verschiedenen Kommissionen verschlungen. Da von der Milliarde, die wir im ersten Jahre zu zahlen hatten, nur 893 Millionen verbraucht worden sind, betragen die Verwaltungskosten, die die Reparationszahlung verursacht, mehr als 25%, nämlich 186 417 000 Mark Besatzungskosten und 26 500 000 Mark Kommissionsspesen. Von den an die Mächte geleisteten Zahlungen sind 420 Millionen in Sachlieferungen und 180 Millionen durch die Ausfuhrbelastung bestritten worden. Bemerkenswert ist es, daß die Besatzungskosten denen des Juli gegenüber um etwa 7 Millionen abgenommen haben. Sie betrugen im Juli 20,2, im August 13,6 Millionen, woraus der Schluß zu ziehen ist, daß die aus dem Ruhrgebiet zurückgezogenen Truppen nicht, wie befürchtet wurde, zur Verstärkung der linksrheinischen Garnisonen verwendet worden sind.

Beschlüsse der Wirtschaftspartei.

Köln, 15. September.

Der Parteitag der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes billigte einstimmig in seinen Entschließungen die Haltung der Reichstags- und Landtagsfraktion und erkannte die von Professor Bredt vorgetragenen Grundsätze als für die Partei gültige Richtlinien an. Er fordert von den Regierungen und den Behörden die allerärgste Sparsamkeit, den Ab-